Ausgabe 6 | Januar 08 | das Zentralorgan der Jusos Niederbayern

SEPP

sozialistisch-emanzipatorisches positions-papier

Grußwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 2. Februar wird in Pfarrkirchen die ordentliche Bezirkskonferenz 2008 der Jusos Niederbayern stattfinden. Neben der Diskussion unseres neuen jugend- und kommunalpolitischen Programms unter dem Titel "Jugend braucht Bewegung. Unsere Richtung: LINKS", das der Juso-Bezirksvorstand in den vergangenen Wochen und Monaten ausgearbeitet hat, steht auch die Wahl eines neuen Bezirksvorstands im Mittelpunkt dieser Veranstaltung.

Für mich bedeutet die Konferenz auch Abschied zu nehmen: Ich werde nicht mehr für eine weitere Amtszeit als Bezirksvorsitzender zur Verfügung stehen. Die Gründe für meine Entscheidung sind zum einen persönliche, zum anderen sind vier Jahre für einen Juso-Bezirksvorsitzenden eine sehr lange Zeit. Oder, wie Comandante Fidel Castro erst vor kurzem in einem Brief an das kubanische Volk formuliert hat: "Es ist nicht meine Pflicht, mich an Ämter zu klammern oder Jüngeren den Weg zu verbauen, sondern Erfahrungen beizusteuern, deren bescheidener Wert aus den interessanten Zeiten herrührt, die ich erlebt habe." Wir haben gemeinsam viel geleistet und können zu Recht Stolz sein auf unsere erfolgreiche Arbeit. Mein Dank gilt allen, die mir in den letzten Jahren mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben.

Das ist auch mit der Grund, warum ich mich nicht aus der aktiven Juso-Arbeit verabschieden werde, sondern weiterhin als Mitglied des Bezirksvorstands meinen Nachfolger nach Kräften bei seiner Arbeit zu unterstützen möchte. Der Juso-Bezirksvorstand hat einstimmig beschlossen, der Bezirkskonferenz Michael Adam als neuen Vorsitzenden vorzuschlagen. Ich möchte euch jetzt schon bitten, ihm das gleiche Vertrauen entgegenzubringen wie mir und zukünftig mit ihm gemeinsam zu kämpfen!

Vivia el comandante!

Mit den besten Wünschen
für das neue Jahr 2008
und sozialistischen Grüßen

Florian Seidl,
Bezirksvorsitzender

BeKo 2008 in Pfarrkirchen

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit darf ich euch herzlich einladen zur

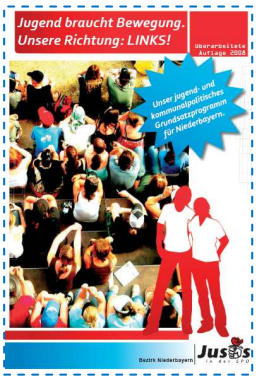
Bezirkskonferenz 2008
der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der NiederbayernSPD

am Samstag, den 02. Februar 2007,
in der Stadthalle Pfarrkirchen
Dr.-Bachl-Straße 11, 84347 Pfarrkirchen

Die Konferenz steht unter dem Motto:

„Jugend braucht Bewegung.
Unsere Richtung: LINKS!"

Als Hauptredner haben wir nachmittags Dr. Linus Förster, MdL und den Altbürgermeister der Stadt Eggenfelden, Hans Kreck, zu Gast.



Im Mittelpunkt der Konferenz wird die Diskussion unseres neuen jugend- und kommunalpolitischen Programms stehen. Auf mehreren Klausurtagungen und Sitzungen hat sich der Juso-Bezirksvorstand in den vergangenen Wochen und Monaten eingehend mit den Bedürfnissen und Problemen von jungen Menschen in der Region beschäftigt. Das Ergebnis – in Form von Lösungsansätzen, Anregungen und Forderungen – wird unter dem Titel „Jugend braucht Bewegung. Unsere Richtung: LINKS!" in einer Publikation zusammengefasst der Bezirkskonferenz vorliegen. Besonders danken möchte ich an dieser Stelle meinen beiden Stellvertretern Thomas Asböck und Michael Adam, die viel Arbeit in das Projekt investiert haben.

Um bereits im Vorfeld einen möglichst breiten Konsens über die Inhalte des Programms zu erreichen, wurde der Entwurf mittlerweile den Kreis-und Unterbezirksvorsitzenden der Jusos in Niederbayern zugeschickt, mit der Bitte diesen in den Untergliederungen zu diskutieren und Änderungswünsche mitzuteilen.

Die Unterlagen zur BeKo findet ihr in den nächsten Tagen im Internet unter

www.jusos-niederbayern.de.

Alle interessierten Jusos sind als Gäste herzlich eingeladen. Wir freuen uns über zahlreichen Besuch und wollen damit auch ein starkes Zeichen in der heißen Phase des Kommunalwahlkampfes setzen.

Florian Seidl,
Bezirksvorsitzender

IMPRESSUM

Jusos in der SPD, Bezirk Niederbayern
Obermaierstraße 4, 94315 Straubing
Internet: http://www.jusos-niederbayern.de
Email: mail@jusos-niederbayern.de
v.i.S.d.P.: Florian Seidl, Liesl-Kießling-Str. 20, 90763 Fürth
Redaktion: Thomas Asböck

Zahl der Bewerber erneut deutlich höher als Angebot – Umlage muss jetzt her!

– Juso-Bezirksvorstand diskutierte mit DGB-Jugendsekretär Andreas Schmal über die Ausbildungsplatzsituation in Niederbayern –

Auf Einladung des Juso Bezirkvorstands Niederbayern und der Jusos Straubing-Bogen referierte der DGB-Jugendsekretär Andreas Schmal, im Gäubodenhof Straubing, zum Thema Ausbildungsplatzsituation in Niederbayern, Landkreis Straubing-Bogen und Stadt Straubing. Laut den offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit klafft auch in diesem Jahr wieder eine erhebliche Lücke zwischen Bewerbern und angebotenen Ausbildungsplätzen. So standen rein rechnerisch für je 100 Bewerber in Bayern 72 Ausbildungsstellen, in Niederbayern sogar nur 67 zur Verfügung. Die Jusos waren sich mit Andreas Schmal darüber einig, dass dieser Missstand nur durch die sofortige Einführung der Ausbildungsplatzumlage beseitigt werden könne.

Juso-Bezirksvorsitzender Niederbayern Florian Seidl (1.v.l.), Juso-Unterbezirksvorsitzender Daniel Süß (3.v.l.), DGB Jugendsekretär Andreas Schmal (7.v.l.) und Juso Stadtverbandsvorsitzender Manuel Schäfer (8.v.l.)

Der Juso-Vorsitzende des Unterbezirks Straubing-Bogen, Daniel Süß, kritisierte in seinem Eingangsstatement die Blockadehaltung der Unionsparteien zum Thema Ausbildungsplatz-

umlage, die allen Anschein nach auf eine rein demografische Lösung des Problems hoffen und ansonsten keine politischen Konzepte vorweisen könnten. Auch wenn sich die Lage am Ausbildungsmarkt, aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge voraussichtlich in den nächsten Jahrzehnten etwas entspannen dürfte, so nütze dies den vielen Jugendlichen, die auch in diesem Jahr wieder keine Lehrstelle finden werden, wenig. Politisches Handeln sei deshalb umgehend geboten.

„Tatsache ist, dass vor allem die großen Unternehmen nicht mehr ausbilden", so der Bezirksvorsitzende der Jusos Niederbayern, Florian Seidl. In Bayern würden nur noch 31 Prozent der Betriebe überhaupt ausbilden. Er wies zudem darauf hin, dass der derzeitige Fachkräftemangel allein von den ausbildungsunwilligen Unternehmern zu verantworten sei. Wäre die Ausbildungsplatzumlage, wie von Jusos und Gewerkschaften gefordert, schon vor Jahren eingeführt worden, so würde das Thema „Fachkräftemangel" derzeit überhaupt keine Rolle spielen. Abschließend lobte der Bezirksvorsitzende ausdrücklich die Klein- und Mittelständischen Unternehmen in Niederbayern, die in der Regel über Bedarf ausbilden und Unterstrich, dass das Konzept der Ausbildungsplatzumlage auch genau diesen Unternehmen finanziell zu Gute kommen würde, da sie, im Gegensatz zu den meisten Großunternehmen, die geplante Ausbildungsquote von sieben Prozent übererfüllen.

DGB-Jugendsekretär, Schmal bezeichnete in seinem Vortrag, den im Jahre 2004, zwischen Regierung und Wirtschaft geschlossen Ausbildungspakt als eine Mogelpackung. Die Versprechen der Arbeitgeber wurden nicht erfüllt, die Zahl der Ausbildungsplätze ist nach wie vor völlig unzureichend. Die deutsche Wirtschaft sei offensichtlich nicht bereit freiwillig gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Deshalb müssen die politischen Entscheidungsträger schnellst möglich eingreifen und die Ausbildungsplatzumlage umsetzen.

Nachfolgend gab Schmal, einen kurzen Überblick über das Konzept zur Ausbildungsplatzumlage des DGB: „Zwischen den ausbildenden und nicht-ausbildenden Unternehmen und Verwaltungen wird ein finanzieller Ausgleich geschaffen. Existenzgründer und Kleinstbetriebe sind davon jedoch ausgenommen. Bei der Erhebung der Beiträge haben tarifliche und branchenbezogene Lösungen Vorrang. Die Höhe der Beiträge hängt von der Anzahl der benötigten Ausbildungsplätze und den Gesamt-Ausbildungskosten ab.

Durch die Umlage würden laut Schmal einzelne Betriebe mit dem Ausbildungsaufwand nicht mehr alleingelassen. Die Wirtschaft könne den beklagten und selbst verschuldeten Fachkräftemangel selbst beheben. Außerdem sei eine Jugend mit Zukunftsperspektiven die beste Voraussetzung für eine innovative Gesellschaft und folglich auch der Garant für Wohlstand zukünftiger Generationen.

Daniel Süß,
stellv. Bezirksvorsitzender (SR)

Bericht vom Neumitgliederseminar

Auch in diesem Jahr veranstaltete der Juso-Bezirksverband Niederbayern wieder ein Neumitgliederseminar, diesmal im Gasthof „Zur Isar" in Plattling. Die TeamerInnen Michael Adam, Antonia Biller, Katja Ertl, Martin Oswald und Johanna Uekermann vermittelten dabei fundiertes Basiswissen für das künftige Engagement in Partei und Verband.

Ein gutes Team ist schon die halbe Miete – Martin schläft gerade im Stehen… *g*

„Aufgrund der zahlreichen Juso-Neumitglieder, bieten wir auch in diesem Jahr wieder ein EinsteigerInnenseminar auf Bezirksebene an", erläuterte Juso-Bezirksvorsitzender Florian Seidl bei der Begrüßung der TeilnehmerInnen. Erfreulich sei vor allem, dass überwiegend junge Frauen von diesem Bildungsanbot Gebrauch machten. Der stellvertretende bayerische Juso-Landesvorsitzende Thomas Asböck lud die TeilnehmerInnen zu weiterführenden Seminaren und FunktionärInnenschulungen des Juso-Landesverbands ein.

Im Laufe des Vormittags erhielten die SeminarteilnehmerInnen zunächst einen Einblick in die Geschichte der deutschen ArbeiterInnenbewegung allgemein und der SPD im Speziellen. Anhand von Power-Point- und Kurzfilm-Präsentationen wurden darüber hinaus Verbandsaufbau und Selbstverständnis der Jusos erläutert.

Nach der gemeinsamen Mittagspause hatten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich je nach Interessenslage in Kleingruppen mit sozialdemokratischer Wirtschafts-, Sozial-, Gesundheits-, Innen-, Rechts-, Gleichstellungs- und Umweltpolitik auseinander zu setzen. Die Ergebnisse wurden dem gesamten Plenum anschließend auf Flip-Charts präsentiert. Den Abschluss des Seminars bildete eine Diskussion über Rechtsextremismus sowie Wandel und Zukunft des Sozialstaates in der Bundesrepublik Deutschland.

Michael Adam,
stellv. Bezirksvorsitzender (REG)

Junge Kandidaten setzen Akzente in der Kommunalpolitik

– Podiumsdiskussion unter Leitung von MdB Florian Pronold –

„Unsere Jusos bringen frischen Wind in die Rathäuser", lobt der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold den Bürgermeisterkandidaten Andreas Winterer und seine Mannschaft. Als Schwerpunkte der jungen SPD-Kandidaten wurden bei einer Podiumsdiskussion im Gasthaus Zum Koch die Familienpolitik, Infrastruktur- und Umweltpolitik vorgestellt. „Wenn man CSU-regierte und SPD-regierte Kommunen vergleicht, sieht man dass es sehr wohl einen Unterschied macht, wer regiert" leitete Pronold ein und erläuterte, dass alleine 50% der Krippenplätze in Bayern im SPD-regierten München zur Verfügung gestellt würden.

Hannes Hügle (v.l.), Florian Gams, MdB Florian Pronold, Andreas Winterer, Katja Reitmaier, Christian Kaiser

Der 26-jährige Andreas Winterer, der in Ortenburg zum Bürgermeister kandidiert, gab das Ziel aus: „Ortenburg muss die familienfreundlichste Gemeinde im Landkreis werden". Der Studienreferendar betonte, wie wichtig Ganztagsbetreuungsangebote seien und kritisierte scharf die CSU: „Die IZBB-Mittel mit denen viele Maßnahmen im Landkreis finanziert wurden, stammen noch von der rot-grünen Regierung. Jetzt stellt sich die CSU hin und tut so als sei das Geld vom Freistaat gekommen". MdB Florian Pronold erinnerte: „Jahrelang hat die CSU aus ideologischen Gründen die Schaffung von Ganztagsbetreuungsangeboten blockiert, jetzt schmückt sie sich mit fremden Federn".

Andreas Winterer kündigte an, er werde sich für Betreuungsangebote in den Ferien, eine bessere Ausstattung der Spielplätze und bessere ÖPNV-Verbindungen einsetzen. Eine gute kommunale Familienpolitik sei ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von Firmen, waren sich die Diskussionsteilnehmer einig. Zu einer attraktiven Infrastruktur zur Förderung von Betriebsansiedlungen gehöre auch ein DSL-Anschluss. „Während andere Landesregierungen wie in Rheinland-Pfalz eigene Breitbandinitiativen starten, wird in Bayern viel zu wenig für die Betriebe im ländlichen Raum

getan" kritisierte MdB Florian Pronold. Damit die Jugendlichen aus dem Landkreis auch nach dem Schulabschluss in ihrer Heimat bleiben könnten, müssten genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Gemeinde vorhanden sein, forderte der Passauer Stadtratskandidat Hannes Hügle.

Ein weiteres Anliegen der Jungpolitiker ist die Energiepolitik und der Klimaschutz. „Die Kommunen müssen mit gutem Beispiel vorangehen", forderte der 24-jährige Florian Gams, der in Vilshofen für den Stadtrat kandidiert. Bürgermeister könnten auf gasbetriebene Autos umsteigen, Kommunen sollten ihre Gebäude mit erneuerbaren Energien heizen. „Die Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung müssen genutzt werden" regte Florian Gams an. Das sei auch ein riesiger Wachstumsmarkt für die ortsansässigen Handwerksbetriebe und schaffe Arbeitsplätze.

„Auf Antrag der SPD wird ab 2008 in Ortenburg ein Jugendpreis verliehen, der mit 500 Euro dotiert ist", berichtete Andreas Winterer. Kreistagskandidat Christian Kaiser aus Tittling lobte: „Die Vereine leisten hervorragende Jugendarbeit." Er erinnerte die Vereine daran, die zur Verfügung stehenden Mittel für die Jugendarbeit beim BLSV auch abzurufen. Die offene Jugendarbeit und die Vereinsarbeit seien gleichberechtigt zu sehen, aber auch eigene Initiativen der Jugendlichen müssten gefördert werden. In der Diskussion wurde angeregt, dass sich mehrere Gemeinden zusammentun könnten um gemeinsam einen Jugendpfleger einzustellen.

Die Juso-Unterbezirksvorsitzende Katja Reitmaier forderte einen Frauennotruf für den Landkreis. Für ganz Niederbayern gebe es nur einen einzigen Frauennotruf. Die Opfer häuslicher Gewalt würden von der CSU im Stich gelassen. Florian Pronold berichtete als Kreisrat von den Schwierigkeiten, den Frauennotruf in Deggendorf zu erhalten. „Jahr für Jahr will die CSU die Finanzierung im Kreistag kürzen" kritisierte er. Die Frauen- und Gleichstellungspolitik sei ein ursozialdemokratisches Anliegen, für das man weiter kämpfen werde.

Florian Gams,
stellv. Bezirksvorsitzender (PA)

Bericht zum Wochenendseminar „Gemeinsam handeln gegen Rechts – Fakten und Argumente"

Das Seminar begann am 16.11.07 um 19.00 mit einem gemeinsamen Abendessen der 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Teamenden. Nach Essen, Kennenlernen, Klärung organisatorischer Angelegenheiten und Abfragen der Seminarerwartungen (auf Zuruf) hielt Antonia Biller einen Powerpoint-Vortrag zum Thema „Rechtsextreme Parteien in Deutschland". Danach wurde per Bodenzeitung die Meinung der Teilnehmenden zum NPD-Verbot abgefragt, was als Einleitung für den Themenblock am Samstag diente.

Diesen gestalteten David Voit und Lukas Böhnlein (SJD-Die Falken), indem sie zuerst über die Gesetzeslage informierten und danach eine Diskussion von knapp zwei Stunden über das NPD-Verbot leiteten. Hauptargument der BefürworterInnen eines Verbots war die Streichung der Parteienfinanzierung, die GegnerInnen wiesen auf die unkontrollierbare Arbeit im Untergrund der NPD und die mögliche einhergehende Verharmlosung des Problems bei einem Verbot hin. Einig waren sich alle TeilnehmerInnen, dass ein Verbot allein nichts nützt, gleichzeitig muss weiterhin daran gearbeitet werden, demokratisches Verständnis zu fördern und dem rechtsextremen Gedankengut in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Nachdem zahlreiche Pro- und Contra-Argumente gefunden wurden stimmten die Anwesenden über ein Verbot ab. Das Ergebnis war eine gleichgroße Anzahl von Ja- und Nein-Stimmen. Danach stellte Linda Puppe Aktionen vor, die die Falken in Regensburg im Kampf gegen Rechtsextremismus unternehmen/ unternommen haben.

Nach der Mittagspause bildeten sich Gruppen, um in Eigenreflexion und anhand von Texten (Alte Rechte, Neue Rechte, Antisemitismus, Frauen in der Rechten) die Glaubenssätze der Rechten zu erarbeiten und diese nach 1 ½ Stunden Bearbeitungszeit dem Plenum vorzustellen. Anschließend wurden wieder Gruppen gebildet, um über vorgegebene rechte Thesen zu diskutieren und in Auseinandersetzung mit einer/m gespielten Rechtsextremistin/en (dargestellt von den Teamenden) Gegenargumente zu finden. Nach anschließender Diskussion gab es um Abendessen (19.00), um 20.00 stellte Thomas Asböck anhand einer PowerPoint-Präsentation Lifestyle, Symbolik und Codes der Rechten vor. Nach einer Feedback-Runde wurde ein 20-minütiger Film über Frauen in der Rechten gezeigt.

Am Sonntag hörten die Teilnehmenden einen weiteren Vortrag von Thomas Asböck über rechte Strukturen und Aktivitäten in Bayern. Abgerundet wurde das Seminar mit einem letzten inhaltlichen Block, der als Workshop mit Gruppenarbeit konzipiert war. Die Teilnehmenden stellten sich der Frage „Was tun gegen Rechts?" und erarbeiteten verschiedene Strategien und Lösungsansätze für lokales Vorgehen gegen Rechtsextremismus. Von Kooperation mit verschiedenen Organisationen über Veranstaltung von Demonstrationen, Infoständen oder Konzerten bis zur eigenen Verantwortung als Vorbild für Toleranz und Demokratie wurden verschiedenste Vorschläge präsentiert. Die Seminarkritik wurde auf Moderationskarten zu den Themen Inhalt, Methoden, Gruppe, Team und Haus abgefragt und vorgetragen.

Antonia Biller,
stellv. Bezirksvorsitzende (DEG)

Das neue Bild der Neonazis

– Rottaler Bündnis gegen Rechts organisiert Vortrag im Jugendzentrum Eggenfelden –

Neonazis erkennt man nicht mehr an Bomberjacken und Springerstiefeln. Sie tragen Shirts mit bunten Motiven, nennen sich „Action Group" und werben mit farbenfrohen Slogans. Gerade solch „poppige Varianten" bergen die Gefahr, dass sich Jugendliche von ihnen beeindrucken lassen, erläuterte Robert Andreasch von der Aida Dokumentationsstelle bei seinem Vortrag im Eggenfeldener Jugendzentrum Juz. Initiiert hatte den Abend das im Landkreis ins Leben gerufene "Bündnis gegen Rechts". Im nächsten Jahr sind Kommunalwahlen, die NPD, so Robert Andreasch, will in den Landtag. Mit ausländerfeindlichen Parolen ist es, erklärt er, dabei nicht getan. Es würden Flugblätter verteilt, auf denen „gute Heimreise" oder „Fremdarbeiter stoppen" stehe, es werde damit kokettiert, „dass ihr Rassismus doch schon längst alle Bevölkerungsschichten erreicht hat." Doch die NPD brauche Nachwuchs. Aktionen wie „Multikulti Rocken" klängen modern und versprächen Abwechslung. Die gut 40 Zuhörer im Juz schmunzeln zwar, als sie die Bilder sehen, die Andreasch ihnen von Kundgebungen jugendlicher Neonazis zeigt, doch er verdeutlicht ihnen: „Diese jungen Menschen sehen nicht mehr aus wie Neonazis. Sie tragen keine Springerstiefel, sie haben keine Glatzköpfe, sie haben sich der Gesellschaft angepasst, und wollen so mehr Akzeptanz ernten". In Bayern sei dies besonders gefährlich, da die „bayerische NPD wahnsinnig radikalisiert" sei. Antiamerikanismus wäre der Schwerpunkt der Agitation. Was auf den ersten Blick nach rationeller Kritik an der US-Außenpolitik klinge, entpuppe sich laut Andreasch schnell als Mogelpackung. Genauso wie die in Niederbayern erscheinende Zeitschrift

Referent Robert Andreasch

„Umwelt und Aktiv". Hier werde laut über Gentechnik und den Gammelfleisch-Skandal geschimpft. Lese man die Berichte näher, „so merkt man schnell, dass der Gammelfleisch-Bericht nur wieder Fassade ist, ummit einer Diskussion über Dönerfleisch gegen den Islam zu schimpfen", so Andreasch, der in der ganzen Bundesrepublik Aufklärungsarbeit über Rechtsextremismus betreibt - sowie es das "Bündnis gegen Rechts" auf Landkreisebene tun will.

Passauer Neue Presse Rottal-Inn, 22.12.2007

CSU-Vorsitzender Huber hat Pendlerpauschale auf dem Gewissen

– "JU soll sich erst informieren, dann reden" –

Zur Haltung der JU zur Pendlerpauschale erklärt der Vorsitzende der Jusos Niederbayern Florian Seidl:

"Erwin Huber hat die Pendlerpauschale auf dem Gewissen. Während die SPD-Fraktion für eine Änderung bei der Pendlerpauschale bereit war und ist, hat Erwin Huber die Interessen der niederbayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verraten. Die Änderung der Pendlerpauschale ist Sache des Koalitionsausschusses. Deshalb hat Florian Pronold, als Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landesgruppe, mehrfach der CSU angeboten, gemeinsam für eine Verbesserung zu kämpfen. Dieses Angebot hat Huber immer wieder ausgeschlagen.

Letzte Woche hat Erwin Huber noch in Bayern erzählt, dass er auch für eine Veränderung der Pendlerpauschale sei.

Aber - typisch für die CSU - hat er sich am Sonntag im Koalitionsausschuss wieder anders verhalten. Er zeigte keinerlei Einsatz für eine Veränderung der Pendlerpauschale. Noch schlimmer, er hat sie verhindert. Während Florian Pronold für uns in Berlin kämpft, verrät Huber in Berlin niederbayerische Interessen.

Deshalb rate ich der JU, sich erstmal zu informieren und dann zu fordern. Ihre Forderung die Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer zu zahlen, ist gut. Diese Forderung muss die JU aber an ihren CSU-Vorsitzenden und Parteifreund Huber richten."

Florian Seidl,
Bezirksvorsitzender

Genug Gründe für NPD-Verbot

„Die NPD stellt sich als legitime Partei dar. Ihre Mitglieder sind in der Vergangenheit durch Gewalt in der Öffentlichkeit aufgefallen; nicht einfach nur gegen Migranten und andere Minderheiten, sondern auch gegen Journalisten. Die Medien in Deutschland werden von ihnen als ‚gleichgeschaltet' bezeichnet. Die NPD hasst unsere Demokratie und will sie abschaffen. Es ist also durchaus nicht schwierig, Gründe für ein Verbot der NPD zu finden.

Aber ein Parteiverbot für sich allein kann keine Lösung sein. Vor allem ändert es nichts an der Tatsache, dass sich viele mit rechtem Gedankengut identifizieren. Nicht nur Politikenttäuschte, Protestwähler, perspektivlose Jugendliche und andere, die scheinbar nicht verstehen, dass unser soziales und politisches System hierzulande ein Segen und Geschenk ist, welches wir unbedingt gegen solche, die sich Verhältnisse vor 1945 wünschen, verteidigen müssen. Dies können wir tun, indem wir das Problem an seiner Wurzel packen: Die Politik muss dem Wähler zeigen, dass er ihr

vertrauen kann, sie muss um dieses Vertrauen kämpfen, jeden Tag aufs Neue. Dazu gehört auch, standhaft gegen Extremisten zu bleiben und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Eine gesunde Demokratie erkennt die Motivation ihrer Abweichler und lernt daraus. Unsere Politiker tragen Mitschuld, wenn sich extreme Gruppierungen ihre Fehler zunutze machen und dadurch Aufmerksamkeit erlangen. Hinter dem Wunsch nach einem NPD-Verbot steht also eine gewisse Hilflosigkeit. Und dies sollte uns eigentlich zu denken geben."

Marcus Reinert,
Jusos Deggendorf

Unsere Richtung LINKS! Jusos Niederbayern beim Bundeskongress in Wolfsburg

Die stellv. Bezirksvorsitzenden Michael Adam, Thomas Asböck, Antonia Biller und Katja Ertl vertraten die niederbayerischen Jusos am diesjährigen Bundeskongress in Wolfsburg, der unter dem Motto „Für gute Arbeit und Ausbildung. Unsere Richtung: links!" stand.

Toni Biller (links) und Katja Ertl (rechts) mit der frisch gebackenen Juso-Chefin Franziska Drohsel

Aus dem 300-Seiten starken Antragspaket, das den Delegierten vorlag, wurden unter anderem Forderungen zu verschiedensten Politikfeldern beschlossen. Die wichtigsten Beschlüsse galten unter anderem den Themen Gute Arbeit und Ausbildung, Umsetzung der weltweiten Abrüstung, Bekämpfung der Kinderarmut, Schaffung eines sozialen Europas, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 €, Ablehnung der Bahnprivatisierung, und Verbot der NPD. Als prominente Rednerinnen und Redner traten Frank-Walter Steinmeier, Außenminister, Kurt Beck, SPD-Parteivorsitzender, Brigitte Zypries, Justizministerin und Andrea Nahles, stellvertretende Parteivorsitzende auf.

Michael Adam (links) und Thomas Asböck (rechts) mit SPD-Parteivorsitzendem Kurt Beck am Rande des Buko

Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Wahl der neuen Bundesvorsitzenden. Franziska Drohsel, 27, aus Berlin wurde mit 76%, dem besten Ergebnis seit 1969 zur neuen Juso-Chefin gewählt. Sie will als Vorsitzende des feministischen und sozialistischen Richtungsverbands das linke Profil der SPD schärfen und sich für eine aktive Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen einsetzen. „Wir unterstützen die inhaltlichen Forderungen der bekennenden linken Jungsozialistin, wie z.B. die Erhöhung der ALG-II-Bezüge, Mindestlohn für Postbedienstete oder die Abschaffung des derzeitigen Bildungssystems zugunsten einer integrativen Gesamtschule und kritisieren, dass Franziska von Politikerinnen und Politikern der CDU/ CSU nur auf ihre Mitgliedschaft in der Roten Hilfe reduziert wird", so die stellvertretende Bezirksvorsitzende Antonia Biller. Ihrer Meinung nach war es „ein Fehler, sich der unsachlichen und diffamierenden Kritik der CDU/CSU zu beugen und aus der linken Solidaritätsorganisation Rote Hilfe auszutreten." Die Jusos verstehen jedoch Drohsels Begründung, die Jusos mit politischen Positionen und nicht mit Vereinsmitgliedschaften in den Vordergrund der öffentlichen Debatte zu stellen.

Toni Biller und Katja Ertl,
stellv. Bezirksvorsitzende (DEG)

Innovation statt Jugendwahn

– Jusos Straubing-Bogen fordern altersgerechte Arbeitsmodelle –

Juso-UB-Vorsitzender Daniel Süß (4.v.l.) und Juso-Stadtverbandschef Manuel Schäfer (5.v.l.) mit MdL Gudrun Peters (3.v.l.) und SPD-UB-Chef Peter Stranninger (2.v.l.)

Zu einem Informationsnachmittag mit dem Thema "Demographischer Wandel - Risiko oder Chance?" trafen sich am 10. November die Jusos Straubing-Bogen und die Arbeitsgemeinschaft 60 plus der SPD. Bei der Veranstaltung im Magnobonus-Markmiller-Saal der Barmherzigen Brüder referierten MdL Gudrun Peters und Juso-Unterbezirksvorsitzender Daniel Süß. Man konnte Meinungen aus der Sicht der jeweiligen Generation hören.

Die stellvertretenden Vorsitzenden von 60 plus Adi Ilgmeier und Fritz Keller begrüßten die Besucher, Stadträte und Parteimitglieder. Grußworte sprach auch der Unterbezirksvorsitzende der SPD Straubing Stadtrat Peter Stranninger.

Jedes Jahr wird das zu erreichende Durchschnittsalter um drei Monate mehr, so schätzt man für das Jahr 2030 Frauen auf 86 und Männer auf 81 Jahre Lebenserwartung. Schon im Jahre 2010 werden vier Millionen Deutsche älter als 80 Jahre sein, wie MdL Gudrun Peters in ihrem Referat ausführte. So erfreulich die gestiegene Lebenserwartung sei, so traurig sei die Arbeitslosenquote von 12,7 Prozent der 55- bis 64-Jährigen. Deutschland nehme hier einen schlechten Spitzenplatz in Europa ein. Vor allem Langzeitarbeitslose und nicht stetig Beschäftigte seien von zunehmender Altersarmut bedroht. Ein Rentner werde durch zwei Erwerbstätige finanziert, was bald nicht mehr möglich sein werde. " Die Sorge ist daher berechtigt, dass man in absehbarer Zukunft nicht mehr genügend Geld im Alter haben wird", sagte MDL Gudrun Peters. Schon jetzt sorge ein Großteil aller Bundesbürger privat für ihre Rente vor.

Bei der privaten Altersvorsorge haben die Jusos aber eine andere Meinung als MdL Peters. " Die Alterssicherung wird einseitig auf Arbeitnehmer abgewälzt", sagte Juso-Unterbezirksvorsitzender Daniel Süß. Durch prekäre Arbeitsverhältnisse, wie zum Beispiel Leiharbeit oder Stundenlöhne von drei Euro, bestehe kein finanzieller Spielraum mehr. "Wie kann so jemand Geld zurücklegen und für die private Altersvorsorge ansparen?", so Süß weiter. Probleme sieht er auch durch die Erhöhung der Sparquote, die sich negativ auf den Binnenkonsum auswirke, und durch einen Börsencrash, der unter Umständen zum Verlust der Ersparnisse führen könne. Daniel Süß kam zu dem Fazit: "Das Umlageverfahren ist besser als sein Ruf!" Angst ist es ihm nicht vor dem demographischen Wandel, denn Deutschland habe bereits in der Vergangenheit einen stärkeren Anstieg der über 65-Jährigen bewältigt als dies in den nächsten 50 Jahren der Fall sein werde.

Bei den Folgerungen waren sich die beiden Referenten MdL Gudrun Peters und Daniel Süß wieder einig. Es müsse ein Mentalitätswechsel bei Unternehmern her, kein "Jugendwahn". Sie fordern kontinuierliche Weiterbildung sowie innovative Arbeitsmodelle, ein neues Altersbild mit einer Lebensphasengerechten Organisation der Arbeit. Durch den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder lasse sich die Frauenerwerbsquote erhöhen. Eine gute Ausbildung der jungen Generation führe zu einer höheren Produktivität und trage zum Wohlstand für alle bei. Wenn diese Dinge erfüllt werden, sieht Daniel Süß, der auch Kreistagskandidat für die Jusos ist, den demographischen Wandel positiv.

Eine rege Beteiligung gab es bei der Diskussion, die von Manuel Schäfer (3.v.r), Juso-Vorsitzender Straubing und Stadtratskandidat, geleitet wurde. MdL Gudrun Peters zog als Fazit: "Wir sollten auf keinen Fall Jung gegen Alt ausspielen lassen."

Quelle: Straubinger Tagblatt, 12.11.2007

Niederbayerische Jusos qualifizieren sich auf FES-Kommunalakademie

Erfolgreich bestanden – Michael Adam, Daniel Süß, Florian Seidl und Thomas Asböck auf der Kommunalakademie 2007 in Würzburg

Zum Schluss gab's die Urkunden für die erfolgreiche Teilnahme an der mehrwöchigen Seminarreihe „Mit Erfolg in die Kommunalpolitik" und die Erinnerungsfotos. Michael Adam, Daniel Süß, Florian Seidl und Thomas Asböck haben sich erfolgreich für ihre kommunalpolitische Arbeit qualifiziert.

In den Wochen zuvor wurden den neun Seminarteilnehmern aus dem gesamten Freistaat grundlegende Kenntnisse der bayerischen Kommunalpolitik vermittelt. Themen waren unter anderem kommunale Haushalts- und Finanzpolitik, Sozial- und Jugendpolitik, Städtebau und Bauleitplanung sowie die Modernisierung der Kommunalpolitik. Diese politischen Inhalte wurden mit der Vermittlung von persönlichen und methodischen Kompetenzen wie zum Beispiel Gesprächs- und Verhandlungsführung, Informationsmanagement sowie Präsentations- und Moderationstechniken verbunden. So erlangten die Teilnehmer gleichzeitig kommunalpolitische Kenntnisse und methodisches Handwerkszeug für ihre politische Tätigkeit.

Durchgeführt wurde die Kommunalakademie von Trainern mit kommunalpolitischer und didaktischer Erfahrung. Hinzu kamen Experten aus Politik und Verwaltung, die ihre jeweiligen Fachkenntnisse einbrachten und für Diskussionen zur Verfügung standen. Die Teilnahme prominenter Gäste an Kamingesprächen rundete die Qualifizierungsmaßnahme ab. So konnten beispielweise altgediente Oberbürgermeister, aber auch Landes- und Bundespolitiker einen ganz speziellen Einblick in den Politikbetrieb geben.

Michael Adam,
stellv. Bezirksvorsitzender (REG)

Neuwahlen in Straubing-Bogen: Juso Vorsitzender Daniel Süß einstimmig im Amt bestätigt

Optimal vorbereitet auf die anstehenden Kommunalwahlen sieht der alte und neue Juso-Unterbezirkschef Daniel Süß die Nachwuchsorganisation der SPD. Mit jungen Kandidaten und einem problemorientierten Wahlprogramm könne man locker die Auseinandersetzung mit der politischen Konkurrenz suchen. Alle Führungspositionen wurden bei den Wahlen einstimmig besetzt.

Foto: Die neu gewählte Juso-Vorstandschaft mit Unterbezirksvorsitzenden Daniel Süß (vordere Reihe Mitte) an der Spitze sowie mit der SPD-Ortsvorsitzenden Claudia Ebner (links), dem SPD-Unterbezirksvorsitzenden Peter Stranninger (5. v. l.) und dem Juso-Bezirksvorsitzenden Florian Seidl (vorne rechts).

In seinem Grußwort machte der Juso-Bezirksvorsitzende Florian Seidl (Hengersberg) deutlich, dass die Straubinger Jusos für die Arbeit im Bezirk unverzichtbar und eine große Stütze sind. Dass soziale Gerechtigkeit, ein originärer Programmpunkt der SPD, wieder in das Bewusstsein der Bevölkerung einziehe, zeige die Diskussion um die Mindestlöhne, führte SPD-Unterbezirksvorsitzender Peter Stranninger aus. Er lobte das Wahlprogramm der Jusos, forderte jedoch dazu auf, es auch entsprechend bekannt zu machen. Fritz Fuchs zeigte sich als SPD-Kreisvorsitzender sehr erfreut über eine derartig engagierte und permanent tätige Nachwuchsmannschaft.

SPD-Fraktionschef Heinz Uekermann erwarte sich angesichts der Entlassungen bei Inoutic

ein engagiertes Eintreten des Landrates, der sich erst auf einen SPD-Antrag hin bewegt habe. Verstärkte Wirtschaftsförderung und eine optimierte Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Landkreis müssen als Antwort auf die Herausforderungen folgen. Die Freude über den gewählten Tagungsort brachte schließlich die SPD-Ortsvorsitzende von Bogen, Claudia Ebner, zum Ausdruck.

Zahlreiche Aktivitäten

In seinem Rechenschaftsbericht machte Daniel Süß deutlich, dass die Jusos des Unterbezirkes Straubing im vergangenen Jahr überaus aktiv waren. In acht Vorstandssitzungen wurde die politische Arbeit aufbereitet. Recht erfolgreich sei man bei der Bezirkskonferenz zur Bildungspolitik gewesen, auf der fast alle Anträge aus Straubing übernommen wurden. In vier Infoveranstaltungen habe man sich mit dem Rechtsextremismus, mit Hartz IV, mit der Ausbildungssituation in Niederbayern und dem demografischen Wandel auseinandergesetzt. Sehr erfolgreich waren, so Daniel Süß, die Infostände zum Mindestlohn, hier wurden auch Unterschriften gesammelt, und zum Welt-Aidstag. Darüber hinaus habe man weitere Seminare und Veranstaltungen wie den Politischen Aschermittwoch in Vilshofen besucht.

Die Thematiken bei den Informationsveranstaltungen habe man sehr bewusst gewählt. So müsse man gehäufte Übergriffe und ein stärkeres Auftreten von Rechtsradikalen nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch dagegen angehen. Die Ausbildungs- und Bildungssituation in der Region wird weiterhin ein Dauerthema bleiben wie auch die Forderung, dass Straubing ein Hochschulstandort werden muss. Bei der Diskussion um die Mindestlöhne könne er kein Verständnis dafür aufbringen, dass sich die C-Parteien mit ihrem christlichen Anspruch für Ausbeuterlöhne stark machten, so die Meinung von Daniel Süß.

Bei Kommunalwahl mitmischen

Mit eigenen Kandidaten und einem eigenen Wahlprogramm wollen die Jusos in der Stadt Straubing, in den Gemeinden des Landkreises und im Kreis Mandate erringen. So kandidieren unter anderem Daniel Süß auf Platz 15 und Johanna Uekermann auf 39 für den Kreistag, sowie Manuel Schäfer auf Platz 10 und Andreas Ginglseder auf 35 für den Stadtrat in Straubing. Mit Umfragezetteln „Du schreibst unser Wahlprogramm" erhofft man sich eine Mobilisierung bei den Jungwählern, mit je einer Fahrt nach Berlin und nach München sind zudem wertvolle Preise ausgesetzt. Die eingehenden Vorschläge sollen gegebenenfalls das Wahlprogramm ergänzen. Mit einem Kneipenführer werden eigene politische Inhalte an die Nachwuchswähler transportiert.

Ergebnisse der Neuwahlen

Die turnusmäßig anstehenden Neuwahlen für den Juso-Unterbezirk brachten folgende Ergebnisse: UB-Vorsitzender: Daniel Süß (Leiblfing) – stellvertretende Vorsitzende: Manuel Schäfer (Straubing) und Johanna Uekermann (Mitterfels) – Geschäftsführer: Marco Süß (Leiblfing) – Schriftführer: Robert Pfannenstiel (Konzell) – weitere Vorstandsmitglieder: Lukas Butterworth (Ascha), Andreas Ginglseder (Straubing), Judith Kammermeier (Neukirchen), Johanna Kammermeier (Neukirchen), Fatma Umul (Straubing) – Delegierte für die Juso-Bezirkskonferenz: Fatma Umul, Marco Süß, Judith Kammermeier; Ersatzdelegierte: Lukas Butterworth, Andreas Ginglseder, Robert Pfannenstiel.

Quelle: www.jusos-straubing.de

Jusos Deggendorf diskutieren mit Jungliberalen über den Mindestlohn

Trafen sich im SPD-Zentrum Deggendorf: Jusos und Julis

Anfang November haben sich die Jusos aus Deggendorf mit dem Kreisverband der Jungen Liberalen getroffen. Der Grund der Einladung und das Anliegen der Jusos war es, eine ge-

meinsame Zusammenarbeit mit anderen politischen Jugendorganisationen im Landkreis zu erreichen und andere engagierte Jung-Politiker kennen zu lernen. Die zwei Jugendorganisationen waren sich einig, dass das Interesse an politischer Mitgestaltung bei den Deggendorfer Jugendlichen mehr geweckt werden muss. Leider setzt sich die Jugend viel zu selten für ihre Ideale und Ziele ein und zieht sich zunehmend in ihren eigenen Alltag zurück. Deshalb wollen sich Julis und Jusos für mehr politische Partizipation einsetzen und in Zukunft gemeinsame Aktionen planen und umsetzen.

Einen weiteren Diskussionspunkt stellte das Thema Arbeitsmarktpolitik dar. Die Jusos sind der Ansicht, dass der Mindestlohn eine wichtige Grundlage für eine gerechte Gesellschaft bildet. Dagegen sind die Jungen Liberalen von dem Modell eines liberalen Bürgergelds überzeugt. In den Augen der Jusos bedeutet dies aber die faktische Abschaffung des Sozialstaats und darf nicht hingenommen werden. Oliver Herceg ist sich sicher: „Mit Marktradikalismus wird bei der FDP und den Julis versucht die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und somit akzeptiert, dass Menschen für skandalöse Löhne arbeiten müssen." Die Jusos sind der Meinung, dass der Arbeitgeber für gerechte Löhne aufkommen muss und nicht der Steuerzahler. Für die Zukunft sind weitere Treffen mit der Jungen Union und den jungen Freien Wählern geplant.

Katja Ertl,
Juso-Kreisvorsitzende

Deggendorf: Jusos „hervorragend aufgestellt" für Kommunalwahlen

– Aussagen der JU als absurd zurückgewiesen –

Als echten Vertrauensbeweis bezeichnete Katja Ertl die Platzierung der jungen Kandidaten auf der Deggendorfer SPD-Kreistagsliste. "Wir sind hervorragend aufgestellt für die bevorstehenden Kommunalwahlen", freute sich die Juso-Kreisvorsitzende Katja Ertl, die auf dem zwölften Listenplatz, neben dem amtierenden Kreisrat und Juso-Bezirksvorsitzenden Florian Seidl auf Platz elf, als Spitzenkandidatin der Jungsozialisten in den Wahlkampf startet. Mit Antonia Biller, Matthias Lehner, Julia Niemann und Nicole Artmeier stehen insgesamt sechs Mitglieder des Juso-Kreisvorstands auf den Plätzen bis dreißig.

"Die SPD hat mit dieser Liste ein Zeichen dafür gesetzt, dass politisches Engagement von jungen Menschen, egal ob Parteimitglied oder nicht, anerkannt wird und sich auch auszahlt", merkte Florian Seidl an. Als "absurd" wiesen die Jusos vor diesem Hintergrund einhellig die Aussage des Plattlinger JU-Ortsvorsitzenden gegenüber der Plattlinger Zeitung zurück, die SPD tue sich schwer, junge Kandidaten zu finden. Im Gegenteil seien die Juso-Kandidaten eine echte Alternative für jeden, der frischen Wind in den Deggendorfer Kreistag bringen will, so die Deggendorfer Juso-Ortsvorsitzende Julia Niemann. Im Gegensatz zu den "Kollegen von der Jungen Union" würden die Jusos von ihrer Mutterpartei nicht auf Tarnlisten abgeschoben, ergänzte Florian Seidl.

Florian Seidl,
Jusos Deggendorf

Zweitwohnungssteuer: Schüler, Studenten und Azubis endlich befreien!

Der niederbayerische SPD-Nachwuchs fordert eine schnellstmögliche Befreiung von Schülern, Studenten und Auszubildenden von der Zweitwohnungssteuer, um den massiven Einwohnerverlusten im ostbayerischen Raum Einhalt zu gebieten.

Es zeigt sich deutlich, dass die Zweitwohnungssteuer ihren eigentlichen Sinn und Zweck verfehlt habe: Ursprünglich als Luxus-Steuer konzipiert, hatte die Steuer in erster Linie das Ziel, mehr Geld in die Kassen von Fremdenverkehrsorten zu bringen. Diese wur-

den finanziell stark belastet, da sie Infrastruktur für alle Zweitwohnungen vorhalten mussten, ohne dies steuerlich ausgleichen zu können.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen allerdings, dass die Zweitwohnungssteuer von einigen bayerischen Hochschulstädten und Ballungszentren zweckentfremdet wird. Diese erheben die Steuer nämlich vor allem deshalb, um Schüler, Studenten und Auszubildende aus dem ländlichen Raum dazu zu bewegen, ihren Hauptwohnsitz in die jeweilige Stadt zu verlegen. Dies steigert die Einwohnerzahl, was wiederum Vorteile bei der Erlangung von staatlichen Schlüsselzuweisungen hat.

Für die Kommunen im ostbayerischen Raum hingegen hat dies alljährlich massive Einwohnerverluste und damit enorme finanzielle Einbußen zur Folge. Vor allem junge, gut ausgebildete Nachwuchskräfte kehren ihren Heimatgemeinden den Rücken zu, um sich die Zweitwohnungssteuer zu sparen. Wir fordern die bayerische Staatsregierung daher auf, schnellstmöglich darauf hinzuwirken, dass die betreffenden Kommunen in ihren Zweitwohnungssteuer-Satzungen entsprechende Ausnahmen vorsehen. Nur so kann der ländliche Raum vor dem Ausbluten bewahrt werden.

Michael Adam,
stellv. Bezirksvorsitzender (REG)

Jusos Deggendorf: „Hauptschule nicht unersetzbar"

Die Äußerungen der Jungen Union Deggendorf bezüglich der Unersetzlichkeit der Hauptschule stoßen bei den Jusos auf heftige Kritik.

"Wer eine solide und fundierte Ausbildung fordert, sollte nicht an der Hauptschule festhalten, sondern das Gegenteil - ihre unverzügliche Abschaffung - fordern", kommentiert Juso-Kreisvorsitzende Katja Ertl die Aussagen der JU-Vorstandschaft. Die verfrühte Selektion degradiere die Hauptschule zum letzten Glied im Schulsystem, wodurch viele Schülerinnen und Schüler starke Benachteiligung erfahren. An eine erfolgreiche Bildungskarriere ist an der Hauptschule kaum zu denken. Auch haben Hauptschülerinnen und Hauptschüler verhältnismäßig schlechte Chancen einen Ausbildungsplatz zu bekommen. "Tatsache ist, dass die Hauptschule im dreigliedrigen Schulsystem alles andere als eine 'solide und fundierte Ausbildung' gewährleistet", so Ertl.

Für die Jusos ist die Abschaffung der Dreigliedrigkeit zugunsten einer integrierten Gesamtschule die einzig sinnvolle Verbesserung des Bildungssystems. Auch ist die gesellschaftliche Akzeptanz dieses Projekts weitaus größer, als es die JU wahrhaben möchte. "Die Umfrage des deutschen Philologenverbandes, die der JU-Vorsitzende Moser in seiner Argumentation heranzieht, taugt in diesem Zusammenhang wenig", meint Juso-Bezirksvorsitzender Florian Seidl, "zumal sie Moser nicht einmal gelesen zu haben scheint." Es wurden nicht Eltern, wie Moser fälschlicherweise behauptet, sondern Bürgerinnen und Bürger über achtzehn befragt. Auch spricht sich niemand für eine Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems aus." Die Fragen seien zudem suggestiv: "Es kommt darauf an, wie man fragt. Zu jeder Umfrage über die Struktur unseres Bildungssystems finde ich eine andere, die genau das gegenteilige Ergebnis hat." Die JU solle sich daher lieber auf echte Argumente stützen und weniger auf fragwürdige Umfragen.

Florian Seidl,
Jusos Deggendorf

Jusos Rottal-Inn: „Stadtwerke nicht zum Spielball im Kommunalwahlkampf machen!"

Zu den Vorwürfen der Kreis-FDP gegen Bürgermeister Riedl und die Stadtwerke Pfarrkirchen erklärt der Juso-Kreisvorsitzende Thomas Asböck:

„Zum Glück ist momentan nicht nur Kommunalwahlkampf, sondern auch Fasching. Insofern passen die absurden Büttenreden des FDP-Kreisvorsitzenden wenigstens ins Bild,

andernfalls wären sie völlig deplatziert. Die FDP wirft der Stadt und damit dem Bürgermeister vor, mit überhöhten Preisen bei der Sparte Energie der Stadtwerke GmbH die Gewinne zu erzielen, die die Stadt brauche, um den defizitären Stadtbus und das Bad mitzufinanzieren.

Der Pfarrkirchner Stadtbus – betrieben von den Stadtwerken PAN. Die FDP fordert ein Ende der Querfinanzierung. Will sie damit auch das Ende des Stadtbusses?

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind die Bereiche Gesundheit, Infrastruktur und Verkehr wichtige kommunale Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Staat und Kommunen müssen diese Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger vorhalten. Natürlich ist uns bewusst, dass die angesprochenen Bereiche nicht in jedem Fall gewinnbringend im Sinne kapitalistischer Profitmaximierung arbeiten können. Sie sind aber zweifelsohne gewinnbringend für die Bevölkerung, weil sie ein Mehr an Lebensqualität sicherstellen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedeutet dies ein hohes Maß an kommunalpolitischer Verantwortung.

Bürgermeister Riedl ist nun gewiss kein Sozialdemokrat, aber die Stadtwerke-Politik, die die Kreisstadt betreibt, begrüßen wir ausdrücklich. Als Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker der SPD bekennen wir uns programmatisch zur Querfinanzierung eines defizitären ÖPNV innerhalb von kommunalen Eigenbetrieben. Ob diese Querfinanzierung indirekt über die Steuerverrechnung oder tatsächlich durch das Umschichten von Geldern passiert, halten wir hierbei für zweitrangig. Die Stadtwerke Pfarrkirchen sind sowieso *ein* kommunales Unternehmen und nicht aufgesplittet in verschiedene GmbHs. Insofern wäre auch diese Praxis legitim.

Der FDP geht es mit ihrer Kritik um etwas völlig anderes: Mit ihrem Geschrei nach mehr freiem Wettbewerb, Steuern- und Abgabensenkung will sie erreichen, dass kommunalen Unternehmen irgendwann die Luft ausgeht. Dann würden sich die Liberalen hinstellen und ihr altbekanntes Lied vom Versagen der öffentlichen Hand singen und der Privatisierung kommunaler oder staatlicher Einrichtungen das Wort reden. Die Erfahrungen mit Privatisierungen auf allen öffentlichen Ebenen haben bisher meistens gezeigt, dass es dadurch nicht unbedingt zu mehr Kosteneffizienz, sondern höchstens zu einer Einschränkung des Leistungsspektrums oder gar zur Stilllegung unrentabler Bereiche kommt.

Der FDP-Kreisvorsitzende sollte zumindest so ehrlich sein und den Bürgerinnen und Bürgern sagen, welches Ziel er im Kern mit seiner Kritik an Riedl und den Stadtwerken verfolgt: Die Gebühren für Strom und Gas senken und dafür den Stadtbus oder das Stadtbad in private Trägerschaft geben! Es ist nämlich interessant, dass er immer nur auf diese defizitären Einrichtungen schimpft, ohne zu sagen, wie er sich die Zukunft von Stadtbus und Bad vorstellt. Den Bürgerinnen und Bürgern würde sehr schnell deutlich werden, wie lange es dann diese beiden kommunalen Einrichtungen in Pfarrkirchen noch gäbe.

Wenn die FDP sich wirklich für mehr freien Wettbewerb im Energiemarkt einsetzen möchte, dann sollte sie sich lieber darum kümmern, dass ein Wettbewerb zwischen den vier großen Energiekonzernen dieser Republik endlich stattfindet. Hier besteht Handlungsbedarf und nicht bei den Stadtwerken Pfarrkirchen."

Thomas Asböck,
stellv. Bezirksvorsitzender (PAN)

Das Letzte! - How Capitalism works:

„Bei niedrigeren Lohnansprüchen gibt es mehr Jobs, weil Arbeitgeber sich höhere Gewinne versprechen, wenn sie sie schaffen."

Prof. Hans-Werner (Un-)Sinn